

Ägypten: Die Permanente Revolution vorantreiben

Seit Donnerstag den 22. November gibt es wieder Massenproteste in Ägypten, welche das Ausmaß der Revolution von 2011 besitzen. Sie richten sich gegen den vor 5 Monaten gewählten Präsidenten Mohammed Mursi. Dieser hatte an jenem Tag ein Dekret erlassen, welches ihn, sowie die verfassungsgebende Versammlung für die Justiz und das Parlament unantastbar macht. Die militanten Jugendlichen auf der Straße sehen darin den direkten Versuch eine präsidiale Diktatur aufzubauen, die der von Mubarak in nichts nach steht und fordern überall im Land den Sturz von Mursi.




Massendemonstration auf dem Tahrir Platz

Die Massenbewegung greift allerdings nicht nur Mursi sondern auch die hinter ihm stehende Muslimbruderschaft an. Diese kontrolliert momentan die verfassungsgebende Versammlung und versucht dort eine Verfassung durchzubringen, die Ägypten zu einem islamistischen Staat mit weitreichenden Repressionsmöglichkeiten machen würde. Ihren reaktionären Charakter zeigt die Muslimbruderschaft nicht nur in bürokratischer Manier innerhalb von Staatsgremien sondern auch aktiv auf der Straße. So kam es in den letzten Tagen zu mehreren Attacken auf Anti-Mursi Demonstrationen, welche blutig endeten. Die Reaktion der revolutionären ägyptischen Jugend darauf waren Angriffe auf Büros der Muslimbruderschaft.

Welche Macht die Demonstrationen und Platzbesetzungen der letzten Tage haben, zeigte sich am Samstag den 8. Dezember. Am Abend dieses Tages sah sich Mursi gezwungen seine Dekrete zur Machtausweitung zurück zunehmen um sein Amt nicht zu gefährden. Die Antwort der Opposition ist richtig. Sie gehen nicht auf die Versöhnungsangebote der Regierung ein, sondern wollen

den Kampf fortsetzen, wenn auch mit geteilten Zielen. Die gemäßigte bürgerliche Opposition will weiter Widerstand leisten, bis die Volksabstimmung über die islamistische Verfassung verschoben wird, die radikalen Jugendlichen wollen Mursis endgültigen Sturz, sowie weitreichende demokratische und soziale Veränderungen. So kam es auch nach der Zurücknahme der Dekrete unter anderem Kairo, Alexandria und Gizeh zu Massendemonstrationen.

Die ägyptischen Unterdrückten haben seit der Revolution gegen Mubarak die Erfahrung gemacht, dass es nicht ausreicht den Kopf eines grundlegend falschen Systems auszutauschen um sich zu befreien. Nein viele von ihnen wissen, dass das System gestürzt werden muss um eine wirkliche Veränderung herbeizuführen. Das Problem liegt eher darin, dass die meisten aber nicht wissen wie das System zu stürzen ist oder bzw. was danach kommen soll. Trotzdem sind erste Ansätze in diese Richtung zu erkennen, so verbinden sich Teile der demokratischen Bewegung, mit den gewerkschaftlichen Kämpfen der Textilindustrie am Nil. Dies hat eine besondere Bedeutung, nicht nur weil sie so deren Kampf zu ihrem machen und ihren gemeinsamen Feind immer deutlicher erkennen, sondern auch  weil so aus der bloßen demokratischen Frage eine soziale wird.

Ziel der Revolutionäre muss es sein, den Kampf weiter zu treiben und zuzuspitzen. Aus der demokratischen Bewegung muss eine Bewegung werden, die die Grundlage für ihre Probleme in der kapitalistischen Unterdrückung und der imperialistischen Ausbeutung sieht und dagegen kämpft. Neben Demonstrationen und Platzbesetzungen muss ein wichtiges Mittel im Kampf für diese Ziele der politische Streik und letztlich Generalstreik werden. Hierfür müssen die militanten Arbeiter_innen der ägyptischen Gewerkschaften gewonnen werden. Nur durch einen politischen Generalstreik können die Kräfte die hinter Mursi stehen, angegriffen und unter Druck gesetzt werden. Denn egal ob Imperialisten, Textilfabrik-Besitzer oder Militär Generäle, sie sind alle Teil der herrschenden Klasse und speisen ihre Macht aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln.

Doch letztlich kann die sozialistische Revolution nur gelingen, wenn es den zersplitterten linken Kräften in Ägypten gelingt gemeinsam eine

sozialistische Arbeiterpartei aufzubauen die gestützt auf eine kämpferische Massenbasis für ein Programm der Permanenten Revolution kämpft und die Forderungen der Bewegung umsetzt.

Ein Artikel von David Pfeifer, REVOLUTION Stuttgart

Stoppt die israelische Aggression gegen Gaza!

Gaza wird erneut von der israelischen Armee angegriffen. Am 14. November startete sie die Operation „Säulen der Verteidigung“ (Pillar of Cloud) mit einer ganzen Serie von Luftangriffen. Seither steigen Rauchsäulen aus bombardierten Gebäuden. Schon nach den ersten Tagen wurden bei den Luftangriffen 19 Menschen – davon 14 ZivilistInnen – getötet. Unter ihnen befand sich Ahmed Jabari, der militärische Anführer der Hamas. Darauf reagierten palästinensische KämpferInnen mit dem Abfeuern von Raketen iranischer und russischer Bauart oder mit selbst fabrizierten Qassam-Raketen und Mörsern. Dabei wurden drei Israelis getötet und die Randbezirke von Tel Aviv, wenn auch recht harmlos getroffen – aber erstmals seit 1991.

In derselben Nacht, als die Luftangriffe gestartet wurden, ordnete Israels Premier Netanjahu die Mobilmachung von 30.000 ReservistInnen für einen Bodenangriff auf Gaza an. Infanteriebataillone wurden in Marsch gesetzt, Panzer, Artillerie und Fahrzeuge an die Grenze verlegt.

Das alles sieht nach einer Wiederholung der Operation „Gegossenes Blei“ (Cast Lead) aus. Unter diesem Namen führte Israel 2008/09 den letzten brutalen Krieg gegen Gaza. Dabei wurden 1.400 Menschen, v.a. ZivilistInnen, getötet und die ohnedies überaus schlechte Infrastruktur des Landes – Häuser, Krankenhäuser, Schulen – weitgehend zerstört. In den letzten drei

Jahren wurden diese trotz der Blockade zumindest teilweise und unter enormen Entbehrungen wieder aufgebaut – zweifellos ein verlockendes Ziel für die rachsüchtige brutale Führung, die den Apartheid- und Siedlerstaat Israel anführt.

Zweifellos gibt es aber wichtigere Ziele für den Angriff: Am 22. Januar finden vorgezogene Parlamentswahlen in Israel statt. Um eine Niederlage angesichts eines unpopulären Austeritätsbudgets zu vermeiden, könnte ein Krieg, dessen Opfer die PalästinenserInnen wären, dabei Netanjahus Wahlchancen erhöhen. In diesem Zusammenhang sollte niemand vergessen, dass auch die Wahlen 2009 inmitten der Operation „Gegossenes Blei“ stattfanden.

Ein anderer Grund hängt mit dem drohenden Angriff Israels auf den Iran zusammen. Falls Israel Bomber gegen iranische Nuklearanlagen und wahrscheinlich große Teile seiner militärischen Infrastruktur schickt, möchte es nicht, dass selbst die recht schwachen Raketen der Hamas in Tel Aviv einschlagen könnten. Zweifellos will Netanjahu, der sich einen Wahlsieg Mitt Romneys gewünscht hatte, auch testen, wie weit er unter Obama gehen kann – doch dabei hat die israelische Regierung sicher wenig Grund zur Sorge.

Sicher ist in jedem Fall, dass die israelischen Angriffe keine Reaktion auf Raketenangriffe aus Gaza sind. In Wahrheit ist das Gegenteil der Fall. Der Bruch des Waffenstillstands zwischen Hamas und der israelischen Armee, der seit 2009 in Kraft war, geht auf eine Serie mörderische Anschläge Israels im September und Oktober zurück, als 57 PalästinenserInnen umkamen und 257 verletzt wurden – 209 infolge von Angriffen durch israelische Raketen, 69 durch Gewehrfeuer und 18 durch Panzerbeschuss. So wurden z.B. vier Jugendliche beim Fußballspiel durch israelische Artilleriegranaten getötet.

Am 5. November wurde ein 20jähriger geistig Behinderter, Ahmad al-Nahabeen, erschossen, als er der Grenze zu nahe kam. Am 8. November wurde ein 13jähriger beim Spiel vor seinem Haus von gepanzerten Fahrzeugen der israelischen Armee umgebracht. Als Vergeltung wurden eine Reihe Raketen abgefeuert. Aber es scheint, dass Hamas daraufhin – am 12. November – einen Waffenstillstand angeboten hat. Darauf deuten jedenfalls

Berichte israelischer Medien hin, dass Unterhändler über eine langfristige Feuerpause verhandelt hätten. Doch genau zu diesem Zeitpunkt begann die Offensive.

Diese Fakten zeigen, dass Israel - weit davon entfernt, eine Insel der „Demokratie“ im Nahen Osten zu sein - in einem permanenten Kriegszustand gegen die palästinensische Bevölkerung und der Aggression gegen seine Nachbarn existiert. Der zionistische Staat baut nicht nur ständig seine Siedlungen in der West-Bank aus und macht damit jede Aussicht auf einen lebensfähigen Staat in der West-Bank zu reiner Makulatur; er führt auch immer wieder Strafexpeditionen nach Gaza durch, um all das zu zerstören, was die 1,7 Millionen EinwohnerInnen in ihrer winzigen Enklave aufgebaut haben.

Wie zu erwarten, haben die USA, Großbritannien, Deutschland und die anderen Länder der EU die Raketenangriffe der PalästinenserInnen auf Israel verurteilt und die mörderischen Angriffe Israels gerechtfertigt - im Namen des „Rechts, seine StaatsbürgerInnen zu verteidigen“. So erklärte der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, Mark Toner: „Es gibt keine Rechtfertigung für die Gewalt, die Hamas und andere terroristische Organisationen gegen das israelische Volk anwenden.“

Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton erklärte: „Die Raketenangriffe der Hamas und anderer Fraktionen im Gaza, die die gegenwärtige Krise herbeigeführt haben, sind ganz und gar unakzeptabel für jede Regierung und müssen gestoppt werden. Israel hat das Recht, sein Bevölkerung gegen diese Art von Angriffen zu schützen.“

Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle sagte: „Es ist offenkundig, dass Israel ein legitimes Recht hat, sich selbst zu verteidigen und seine StaatsbürgerInnen vor Raketenangriffen aus dem Gaza-Streifen zu schützen.“

Und der „Friedensgesandte“ des sog. Nahost-Quartetts (USA, UN, EU, Russland), Tony Blair, erklärte im Fernsehen: „Falls der Raketenbeschuss aus Gaza, der sich gegen israelische Städte und Dörfer richtet, weitergeht,

wird die Vergeltung zunehmen. Rund eine Million Menschen (in Israel) sucht jede Nacht Schutz. Keine Regierung, deren BürgerInnen unter diesem Druck stehen, kann verhindern, dass sie selbst unter Druck gerät, aktiv zu werden.“

Und was ist mit den 1,7 Millionen Menschen in Gaza, die ohne Schutzräume dastehen? Die kommen in der Welt des „Bombers von Bagdad“ Blair offenkundig nicht vor. Der UN-Sicherheitsrat hat eine Dringlichkeitssitzung anberaumt, kam aber zu keiner Entscheidung - zweifellos wegen des westlichen Vetos gegen die leiseste Kritik am Verhalten Israels und seine Angriffe auf die eingesperrte und gepeinigte Bevölkerung Gazas. Wieder einmal führen die „westlichen Demokratien“ der ganzen arabischen und muslimischen Welt ihre bedingungslose Unterstützung für den zionistischen Wachhund des Imperialismus vor Augen. Nur jemand wie George Buch konnte sich dann noch fragen, warum „hassen sie uns“?

Die wirtschaftlichen und strategischen Interessen der imperialistischen Mächte wiegen nun einmal viel mehr als ihre angeblichen Sorgen um Menschenrechte und Demokratie. Nachdem der zionistische Siedlerstaat als „westlicher“ Vorposten installiert worden war, um die arabische Welt zu spalten, besser auszubeuten und zu beherrschen, war und ist natürlich auch keine andere Haltung dieser Mächte zu erwarten.

In den imperialistischen Ländern, wo die Herrschenden alles und jede Aktion des zionistischen Staates unterstützen, ist es unsere Pflicht als InternationalistInnen und Anti-ImperialistInnen, gegen den brutalen Angriff auf Gaza wie schon 2008/09 zu mobilisieren. Wir müssen uns dieser Aufgabe stellen! Wir treten für einen Boykott aller israelischen Institutionen und Unternehmen ein - an den Unis, in der Industrie, im Handel.

Die Gewerkschaften, Studenten- und Jugendorganisationen, alle fortschrittlichen Kräfte müssen den israelischen Angriff verurteilen und ihre eindeutige Unterstützung des palästinensischen Widerstands erklären. Wir weisen entschieden das Argument zurück, dass Opposition zum Staat Israel und seiner rassistische Politik der ethnischen Säuberung der PalästinenserInnen anti-semitisch wäre. In Wirklichkeit ist eine klare Unterstützung der Unterdrückten, das beste Mittel zu internationalen

Solidarisierung und auch eine wichtige Unterstützung für die Minderheit anti-zionistischer Kräfte in Israel selbst.

Die wichtigste und unmittelbarste Hilfe für die PalästinenserInnen könnte jedoch aus den Ländern kommen, wo der arabische Frühling Diktatoren gestürzt hat, die Israel unterstützten. Allen voran geht es dabei um Ägypten. Die Tatsache, dass Präsident Mursi seinen Premierminister nach Gaza gesandt hat, zeigt, dass er unter Druck von unten steht. Die revolutionäre Jugend und die Massen, die mit den PalästinenserInnen sympathisieren, müssen jedoch mehr fordern als leere, rein diplomatische Gesten – die Öffnung der Grenze nach Gaza, so dass Nahrungsmittel, Medizin und Waffen die belagerte Bevölkerung zu erreichen können.

- Stoppt den brutalen Angriff auf Gaza!
- Für einen Boykott Israels und seiner Institutionen im Ausland durch die Arbeiterklasse und Jugend!
- Sieg dem palästinensischen Befreiungskampf!
- Nieder mit dem zionistischen Apartheidstaat!

Resolution des Internationalen Sekretariats der Liga für die Fünfte Internationale, Übernommen aus: Infomail 655, 17. November 2012

Jugend im Aufbruch - Generalstreik Europaweit



Jugendliche Militante in Italien in der ersten Reihe des Widerstands bei den europaweiten

Streikaktionen am 14.11. gegen die Spardiktate der Monit-Regierung und der Auswirkungen der kapitalistischen Krise.

Jugend im Aufbruch? Für viele Jugendliche in Europa müsste es doch eher heißen: „Jugend am Rand der Verzweiflung“. Denn die Jugendarbeitslosigkeit in Ländern wie Spanien oder Griechenland liegt schon längst über 50%. Die Krise des Kapitalismus trifft uns Jugendlichen am härtesten. Wir verlieren als erste unseren Job, wenn wir einen finden, ist er schlechter bezahlt. Wir haben weniger Rechte, ob in der Bildung oder am Arbeitsplatz und werden permanent von der Hetze der Medien für den „Verfall der Gesellschaft“ verantwortlich gemacht. Dabei ist es der Kapitalismus und seine Krise, die diesen Zerfall bewirken. Warum also Aufbruch?

Gesellschaftliche Krisen bergen auch einen gewaltigen Sprengstoff für Veränderungen in sich. Wir Jugendlichen sind dieser Sprengstoff. Ob in Athen, Madrid, London oder Berlin - Wir sind die ersten, die sich über die Ungerechtigkeit dieses Systems empören. Wir haben wenig zu verlieren, aber alles zu gewinnen.

Auch die Illusion, dass dieses System „verbesserbar“ ist, haben viele von uns nicht. Wir wissen, dass der Zerfall des Kapitalismus nicht aufzuhalten ist, sondern dass er gestürzt und durch eine befreite Gesellschaft ersetzt werden muss. Wir haben uns nicht wie die ältere Generation mit einigen „Privilegien“ abgefunden. Wie auch? Doch es fehlt uns an Organisation. Wir stehen zwar immer in den ersten Reihen des Widerstandes, sind jedoch auch immer die ersten, die von den reformistischen und sozialdemokratischen Führungen der Proteste verraten und verleumdet werden.

Wir brauchen unsere eigene unabhängige Jugendorganisation! Doch diese Organisation muss Hand in Hand mit der gesamten Bewegung gegen die Angriffe der Kapitalist_innen stehen. Zwar lehnen wir die reformistischen Führungen der jetzigen Bewegungen ab, doch wir fühlen uns mit den Kämpfen der Arbeiter_innen verbunden.

Die Massenproteste der letzten Monate, der europäische Aktionstag am 14. November sind ein erster Schritt, diese Bewegung zu radikalisieren, den Bruch mit der Politik der faulen Kompromisse vorzubereiten - für ein revolutionäres Programm. Der nächste Schritt muss ein europaweiter, unbefristeter Generalstreik sein. Besonders wir Jugendlichen in Deutschland haben eine große Verantwortung, Solidarität und Widerstand mit den Jugendlichen in Südeuropa zu organisieren: Denn „unsere“ Regierung Merkel ist die Triebkraft für die historischen Angriffe in Südeuropa und die beispiellose Verarmungspolitik. Nur wenn wir uns mit den kämpfenden Jugendlichen in Südeuropa verbinden, kann Europa eine Zukunft haben: Ein Europa, das nicht den Kapitalist_innen gehört, sondern uns. Die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa!

Doch dafür brauchen wir eine Organisation, die uns gehört. Bau mit uns REVOLUTION auf, organisiere den Widerstand, werde mit uns aktiv in Aktionskomitees gegen die Krise!

- Keine weiteren Sparpakete, Rücknahme aller Kürzungen und Entlassungen! Solidarität und Widerstand europaweit organisieren!
- Reichtum besteuern - Bildung finanzieren, Arbeits- und Ausbildungsplätze für alle, bei einem Mindestlohn von 12 Euro für Jung und Alt! Nein zu unbezahlten Praktika, Leih- und Kurzarbeit!
- Banken enteignen und unter Arbeiterkontrolle! Wenn die kapitalistischen Regierungen die Krise auf uns abladen, müssen wir sie stürzen!

Organisationsaufruf, REVOLUTION-Deutschland

In Stuttgart und Berlin organisieren wir zu diesen Themen Veranstaltungen. Dort wollen wir die Streiks und Demonstrationen in den jeweiligen Städten, sowie europaweit diskutieren. Darüber hinaus wollen wir uns der Frage widmen, was jetzt kommen muss, um die Angriffe der Kapitalist_innen und ihrer Regierungen aufzuhalten - Wie wir Jugendlichen uns für eine befreite Gesellschaft organisieren können.

19.11. | 18.00 Uhr | Berlin | Florastraße 84 im unabhängigen Jugendzentrum Pankow

21.11. | 18.00 Uhr | Stuttgart | Schwabstr./Bebelstraße im Jugendhaus West

Neues Sparpaket in Griechenland - Stürzt die Regierung



48-Stunden Generalstreik in Griechenland: Demonstration am Mittwoch in Athen.

Seit Montag letzter Woche wird Griechenland von einer neuen Welle Streiks und Protesten erschüttert. Der Grund dafür ist ein neues Sparpaket, das am Mittwoch Abend mit hauchdünner Mehrheit im Parlament verabschiedet wurde. Auf Druck der Troika sollen nun weitere 18,5 Milliarden Euro bis 2016 eingespart werden. Das neue Sparpaket sieht weitere Entlassungen, Steuererhöhungen, Kürzungen bei Renten, sowie im Gesundheitswesen und bei Sozialem vor.

Die Reaktion war ein 48 stündiger Generalstreik am Dienstag und Mittwoch, dem bereits am Montag erste Streiks vorausgingen. Doch obwohl die Streiks weitläufige Unterstützung bekamen - selbst viele kleine Händler und Selbstständige schlossen am Dienstag und Mittwoch ihre Geschäfte - konnte die Regierung aus DIMAR, PASOK und Nea Demokratia eine Mehrheit auf sich vereinigen.

Allerdings enthielten sich die Abgeordneten DIMAR's, einer Rechtsabspaltung Syrizas. Auch einige PASOK-Abgeordnete stimmten nicht mit der Regierung, 6 Mitglieder wurden daraufhin aus der Fraktion ausgeschlossen, ein weiteres Mitglied trat selbständig am Donnerstag aus. Bereits vier Monate nach den Neuwahlen, scheint auch diese Regierung kurz vor dem Zusammenbruch zu stehen. Die Angriffe des Kapitals gehen allerdings ungehindert weiter, daran konnte auch der 48 stündige Generalstreik nichts ändern.

Während Troika und griechisches Kapital die Machtfrage von oben stellen, organisieren die aktuellen Führer der Arbeiterbewegung letztlich symbolische Aktionen. So können weitere Angriffe und die näher rückende Gefahr des erstarkenden Faschismus jedoch nicht besiegt werden. In Griechenland, wo mittlerweile unter Erwachsenen jeder Vierte und unter Jugendlichen sogar mehr als die Hälfte Arbeitslos sind, stellt sich die Frage nach „Sozialismus oder Barbarei“ immer schärfer.

Doch anstatt den Sturz der jetzigen Regierung durch einen unbefristeten Generalstreik herbeizuführen, folgt die stalinistische KKE weiter ihrem sektiererischen Kurs und verschleiert ihre Passivität in radikalen Phrasen. Auch die Syriza-Mehrheit, die sich vor allem auf Synaspismos stützt, ist nach wie vor gegen einen unbefristeten Generalstreik. Das liegt vor allem daran, dass die reformistische Führung auf Neuwahlen hofft und auf die Option selbst die bürgerlichen Staatsgeschäfte in die Hand nehmen zu können.

Am Donnerstag streikten jedoch die Arbeitenden bei Bussen und Metro in Athen weiter. In vielen gewerkschaftlichen Sektoren wird die Frage des unbefristeten Generalstreiks mittlerweile offen diskutiert. Und das ist auch richtig so! Denn der Stopp der Sparpakete kann nur noch Hand in Hand mit dem Sturz der bürgerlichen Regierung gehen. Umso wichtiger ist es daher, offen die Frage aufzuwerfen, was danach kommt.

☒ Streikkomitees, Stadtteilversammlungen und Selbstverteidigungsstrukturen gegen die Angriffe der Faschisten und des Staates müssten während eines solchen Streiks aufgebaut werden. Der Sturz der DIMAR, PASOK, ND Regierung durch einen unbefristeten


Generalstreik sollte jedoch nicht in Neuwahlen münden, sondern in der Bildung einer Arbeiterregierung. Sowohl die Gewerkschaften, als auch KKE und Syriza müssten aufgefordert werden, sich an einer solchen Regierung zu beteiligen.

Doch die Bildung einer - letztlich bürgerlichen - Arbeiterregierung könnte und wollte die Situation nicht in Richtung Revolution treiben. Revolutionäre müssten daher den politischen Kampf für die Entwaffnung von Militär und Polizei, den Aufbau von Räten und den Schutz dieser durch bewaffnete Milizen der Bewegung vorantreiben, dadurch das Vertrauen der Jugendlichen und Arbeiter_innen als entschlossenster Flügel der Revolution gewinnen. Ein Kampf, der nur in dem endgültigen Sturz des bürgerlichen Staates, der Enteignung der Kapitalist_innen und der Errichtung einer demokratischen Planwirtschaft münden könnte.

Die aktuellen Kämpfe in Griechenland und die Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung gegen die reformistische Führung, brauchen unsere volle Unterstützung. Eine isolierte griechische Arbeiterbewegung, eine isolierte griechische Revolution könnten nicht auf Dauer erfolgreich sein. Die Generalstreiks in Griechenland, die Streiks in Südeuropa werfen immer mehr die Frage eines europaweiten Generalstreiks auf - die Frage nach den vereinigten sozialistischen Staaten von Europa.

Ein Artikel von Georg Isamel, REVOLUTION Berlin

14. November - Europaweit Streiken!

Am 14. November wird es in etlichen Ländern Südeuropas einen  koordinierten Generalstreik gegen die Krise geben. Die ersten Zeichen machen deutlich, dass die Krise auch nach Deutschland zurückkehrt. Daher

werden in mehreren Großstädten Solidaritätsdemonstrationen am 14. November von Solidaritätskomitees und Antikrisenbündnissen organisiert, an denen sich auch REVOLUTION aktiv beteiligt. Wir veröffentlichen daher den Bündnistext des Berliner Solidaritätskomitees für die Demonstration am 14. November und rufen insbesondere alle Jugendlichen dazu auf, an diesem Tag nicht nur solidarisch zu sein, sondern den Kampfgeist und die Militanz der Südeuropäischen Jugend im Kampf gegen das Kapital nach Deutschland - zurück ins Herzen der Bestie - zu tragen:

Auf zum Europäischen Aktionstag! Gemeinsam gegen die Krise kämpfen!

In den letzten Monaten hat der Druck der Troika und der nationalen Regierungen auf die arbeitende und arbeitslose Bevölkerung, die Rentner_innen und die Jugendlichen in den südeuropäischen Ländern nicht nachgelassen. Im Gegenteil: In Portugal, Spanien, Griechenland und anderen Ländern sollen noch weitere Sparpakete durchgedrückt werden.

☒ Gleichzeitig gibt es in all diesen Ländern weiterhin Widerstand. So gibt es in Portugal die größten Mobilisierungen seit dem Ende der Diktatur 1974, welche sogar eine Rücknahme von Teilen des Spardiktats erkämpfen konnten. In Griechenland fanden kürzlich die dritten Massendemonstrationen seit dem Antritt der neuen Regierung im Juni statt, in Spanien reißen die Mobilisierungen ebenfalls nicht ab. Und sogar in Frankreich und in Großbritannien gingen kürzlich zehntausende Menschen gegen Krise und Fiskalpakt auf die Straße.

In dieser Situation wurde in Portugal und in Spanien für den 14. November zu einem Generalstreik aufgerufen. Es folgte der Aufruf der griechischen Gewerkschaften, sowie aus Malta und Zypern. Gleichzeitig hat der Europäische Gewerkschaftsbund EGB diesen Tag zum europaweiten Aktionstag erklärt. Auch in Italien und sogar in Großbritannien wird darüber diskutiert, sich dem Aufruf zum Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes anzuschließen.

Es ist längst überfällig, auch in Deutschland gegen die Krise auf die Straße zu gehen! Griechenland und Spanien sind die Experimentierfelder für neoliberale Krisenlösungen, die früher oder später auch hier in Deutschland eingeführt werden. Bereits jetzt leben 6 Mio. Menschen in Deutschland mit einem Existenzminimum am Rand der Gesellschaft. Allein die jetzige Solidarität und der gemeinsame Kampf mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Griechenland, Spanien und europaweit kann eine verschärfte Attacke auf die sozialen Errungenschaften in Deutschland verhindern. Wir brauchen eine starke Protestbewegung, mit Demonstrationen auf den Straßen und Streiks und Besetzungen in den Betrieben, die sich den Plänen der Banker_innen, Konzernchef_innen und deren Politiker_innen zur Abwälzung der Krisenkosten auf die arbeitende Bevölkerung in Europa entgegenstellen. Die Wirtschaftskrise ist genauso international wie der brutale soziale Kahlschlag der herrschenden Konzerne und Banken und ihrer Regierungen. Höchste Zeit, dass wir, die lohnabhängige Bevölkerung, die Jugend, die Erwerbslosen und die Rentner_innen, uns international zur Wehr setzen.

- Solidarität mit den Generalstreiks in Südeuropa!
- Rücknahme und Stopp aller Spardiktate!
- Die Kapitalist_innen sollen ihre Krise selbst bezahlen!
- Für einen Europaweiten Generalstreik!

Kundgebungen und Demonstrationen zum Europäischen Aktionstag am 14.11.:

Berlin:

15.00 Uhr Kundgebung des DGB am Brandenburger Tor

16.30 Uhr Demonstration des Griechenland-Solidaritätskomitees, Startpunkt: Pariser Platz/Brandenburger Tor, Endpunkt: Potsdamer Platz

Bremen:

Demonstration des DGB und des Anti-Krisenbündnisses

Auftakt: 17.30, Marktplatz; Abschluss: 19.00, DGB-Haus

Hamburg:

Solidaritätskundgebung DGB Hamburg: 17.00, Gänsemarkt

Kassel

Solidaritätskundgebung: 16.30 Uhr, Rathaus Kassel

München:

Solidaritätsaktion: 17.00 – 19.00, Wittelsbacher Platz

Stuttgart:

Kundgebung der IGM Stuttgart: 16.00 Uhr, Büchsenstraße/Kronprinzstraße

Kundgebung Anti-Krisenbündnis: 17.30 Uhr, Schlossplatz

Florenz 10+10: Organisiert den europäischen Widerstand

Vom 8. bis zum 11. November 2012, zehn Jahre nach dem ersten Europäischen Sozialforum, findet in Florenz ein europaweites Treffen von Organisationen und AktivistInnen statt, um auf die letzten 10 Jahre der sozialen Bewegungen zurückzublicken und eine Debatte über die Zukunft einer europaweit vernetzten Bewegung des sozialen Widerstands im Kampf gegen die Krisenfolgen zu führen.



Europaweite Koordination,

Europaweiter Generalstreik,
Europaweite Revolution. Mit diesen
Positionen gehen wir nach Florenz.

Auch wir von REVOLUTION beteiligen uns an der Konferenz in Florenz, rufen alle Aktivist_innen in Europa dazu auf sich daran zu beteiligen und die Aktionen, die dort beschlossen werden umzusetzen. Denn europaweite Aktionen sind genau das ist was wir im Widerstand gegen die Spardiktate der Troika, des deutschen und europäischen Kapitals brauchen. Florenz 10+10 kann ein erster Schritt sein, um die momentan noch isoliert stattfindenden Kämpfe in Spanien, Portugal, Italien und Griechenland zu vernetzen. Gerade deswegen ist es auch von großer Bedeutung, dass sich dort nicht nur einzelne Aktivist_innen beteiligen, sondern Organisationen und Parteien, die in einzelnen Ländern den Widerstand anführen.

Dabei ist es besonders wichtig, dass gemeinsame Aktionen gefasst und konkrete Beschlüsse gemacht werden. Während die europäischen Regierungen und das hinter ihr stehende Kapital seit Beginn der Krise ihre Angriffe europaweit koordinieren, fehlt es der Jugend und Arbeiterbewegung nach wie vor an einem europaweiten Bündnis. Auch dafür muss in Florenz eingetreten werden.

Gemeinsam mit Genoss_innen von der Liga für die fünfte Internationale (LFI) wollen wir daher für ein europäisches Aktionsprogramm gegen die Krise in Florenz eintreten. Dies tun wir, weil wir glauben dass die Bewegung nur erfolgreich sein kann, wenn sie sich einen gemeinsamen Plan gegen die Spardiktate und für die Rücknahme bereits durchgeführten Angriffe hat.

Im Zentrum eines solchen Programms muss ein europaweit koordinierter, unbefristeter Generalstreik stehen. Ein erster großer Schritt in diese Richtung können die Generalstreiks in Südeuropa am 14.11. sein. Als revolutionärer Jugendorganisation glauben wir, dass insbesondere die Jugend eine wichtige Rolle dabei spielt. Nicht nur im Widerstand auf der Straße, gegen die Angriffe des Kapitals - auch in Opposition zu den aktuellen reformistischen Führungen der Gewerkschaften und des Widerstandes, die militante Aktionen bisher verhindert haben. Florenz darf gerade deswegen

nicht nur ein Ort des „Ideen - und Erfahrungsaustauschs“ sein. Revolutionäre müssen in Florenz erbarmungslos den politischen Verrat und den Unwillen der Sozialdemokratie, der Gewerkschaftsbürokratie und „linker“ Reformisten angreifen, die einen effektiven europaweiten Widerstand bisher verhindert haben.

Außerdem brauchen wir zusätzliche Jugendkonferenzen und ein separates Treffen der Jugendorganisationen und Jugendaktivisten in Florenz, um die meist ignorierten Forderungen der Jugendlichen, die Rolle der besonders unterdrückten Jugend zu diskutieren. So können wir jungen Menschen in Europa Erfahrungen über Kämpfe austauschen und uns vernetzen, sowie gemeinsame Aktionen mit spezifischen Themen für Jugendliche zu planen!

Ein Artikel von David Pfeifer, REVOLUTION-Stuttgart

USA: Wahl zwischen Pest und Cholera

Manche Linke sehen die „Demokraten“ als eine Partei, die irgendwie zumindest ein bißchen „fortschrittlicher“ ist als die Republikaner - und die man wählen sollte, zumindest um Romney zu stoppen. Unterstützt wird dies natürlich von den Republikanern selbst, denn in ihrer Polemik ist Obama ein „Kommunist“. Dem sollten wir erstmal nicht glauben, und auch grundsätzlich finden wir an den Demokraten nichts, für was wir sie wählen würden.

Demokraten und Republikaner standen stets für die Wahrung der Interessen des amerikanischen Imperialismus. Sie führten Kriege, schlugen Proteste im eigenen Land nieder, und ließen große Teile der Bevölkerung verarmen. Wer von den beiden Parteien profitierte waren meist die Reichen, die Banken und die Konzerne in den USA, schlicht gesagt also die herrschende Klasse.

Welche Teile der bürgerlichen Klasse hinter welcher der beiden Parteien steht, lässt sich mehr oder weniger gut aus den Wahlkampfspenden für die jeweiligen Kandidaten ablesen. Zugespitzt gesagt, gewinnt in den USA nämlich nicht derjenige mit den meisten Stimmen, sondern derjenige mit den reichsten Sponsoren im Hintergrund. Im Wahlkampf 2012 kostet es die US-Bourgeoisie 7 bis 8 Milliarden Dollar, ihren Kandidaten in Regierungsfunktion wählen zu lassen.

Romney, ein Kandidat vom radikalen Bürgertum fürs radikale Bürgertum



Die reaktionäre Tea-Party Bewegung demonstriert gegen die Krankenversicherung

Eins ist klar, die Republikaner sind deutlich die größten Feinde der Jugend, Arbeiterklasse und der anderen unterdrückten Schichten. Dies dürfte vielen noch im Gedächtnis sein, wenn man an die Ära Bush denkt. So fordern sie in ihrem Wahlprogramm ein Verbot von Abtreibungen und Ehen zwischen Homosexuellen durch die Verfassung. Zusätzlich wollen sie den militärisch gesicherten Grenzzaun zu Mexiko fertigstellen und das Wahlrecht so verschärfen, dass es zukünftig Menschen ohne Führerschein oder Geburtsurkunde nicht erlaubt ist ihre Stimme abzugeben.

Beim größten Problem der Arbeiter_innenklasse, der massiven Arbeitslosigkeit und den anderen Folgen der Wirtschaftskrise, verweist der Kandidat Romney auf seine 25-jährige Erfahrung als Manager bei der Investmentfirma Bain Capital! So soll also einer der Verursacher der Krise dieselbe lösen. Romney will dies durch alte Rezepte wie Steuersenkungen für Reiche und weiteren massiven Kürzungsprogrammen bei der Arbeiterklasse erreichen. Dies verbunden mit einer radikalen Hetze gegen die Armen 47% der USA muss Romney für die Arbeiterklasse, Jugend und Migrant_innen unwählbar machen.

Leider spricht er sogar Menschen dieser Schichten und des radikalisierten Kleinbürgertums an. Diese sammeln sich um die rechtspopulistische Tea-Party Bewegung und haben das „liberale“ Establishment der Banker als Feindbild.

Und die Demokraten?

Zwar steht der Kandidat der Demokraten, der amtierende Präsident Obama, nicht für ein solch reaktionäres Programm wie sein Herausforderer Romney, trotzdem sind und bleiben die Demokraten weiterhin eine rein bürgerliche Partei. Bereits im letzten Wahlkampf 2008 versprach Obama weitreichende Reformen wie z.B. ein einheitliches Gesundheitssystem, dass es in den USA bislang nicht gab, er wollte den Krieg im Irak endgültig beenden und das berüchtigte Gefängnis Guantanamo auf Kuba schließen. Bis auf die Besetzung des Irak die momentan medienfern von Söldnertruppen, oder heute gerne „private Sicherheitsdienstleister“ genannt durchgeführt wird, wurde davon nichts umgesetzt.

Schlimmer noch setzen die Demokraten die heftigsten Kürzungsprogramme der letzten Jahrzehnte als Reaktion auf die Krise um. Schließlich dürfen in die Demokraten keine Hoffnungen auf Besserung der Situation gesetzt werden. Auch wenn sie überall als die „liberalere“ Variante der Republikaner oder als das kleinere Übel dargestellt werden. Sie zeigten in der Vergangenheit immer, in welchem Interesse sie eigentlich handeln und selbst wenn sie soziale Verbesserungen umsetzen wollten, lässt ihnen die momentane Situation im Kapitalismus keine andere Möglichkeit als weitere Kürzungspakete zu verabschieden.

Perspektive der Jugend und Arbeiterklasse



Teile der Occupy Bewegung könnten Ausgangspunkt für die Entwicklung einer neuen Massenpartei der Arbeiterklasse und Jugend sein

Die Lohnabhängige Bevölkerung in den USA hat bei der Wahl also nichts zu gewinnen.. Ihr droht weiterhin eine massive Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse zu Gunsten der Profitsicherung für die Superreichen. Die einzige Perspektive die die Jugendlichen und die Arbeiterklasse in den USA hat, besteht in dem Aufbau einer Arbeiterpartei. Dies wurde in der Geschichte vor allem in den 30er Jahren

kämpferisch versucht, scheiterte aber immer. Diese Versuche müssen ein Ansporn für die proletarischen Teile der USA sein.

Sie brauchen eine Partei die aus Mitgliedern ihrer Klasse gebildet wird, ihre Interessen vertritt und sie nicht bei erster Gelegenheit am Verhandlungstisch mit dem Kapital verrät. So eine Partei kann nicht einfach auf dem Papier gegründet werden, sondern muss als Ergebnis von sozialen und politischen Kämpfen hervorgehen. Teile der Occupy Bewegung können dafür einen ersten Ausgangspunkte bilden, genauso wie die seit jeher schwachen gewerkschaftlichen Kämpfe, die mit Verschärfung der Krise immer militanteren Charakter annehmen.

Schließlich muss eine solche Partei darauf aus sein, das System von Ausbeutung und Unterdrückung durch eine revolutionäre Erhebung des Proletariats zu beenden. Dafür braucht sie ein revolutionäres Programm auf dessen Grundlage Kämpfe geführt und Mitglieder gewonnen werden. Nur durch eine solche Kraft kann nicht nur das völlig undemokratische 2 Parteien System abgeschafft werden, sondern auch die Armut, Arbeitslosigkeit und Misere der Lohnabhängigen an sich, die nur deshalb existiert damit die Kapitalisten weiterhin extreme Profite einstreichen.

Ein Artikel von Christian Meyer, REVOLUTION Stuttgart

Stalinisten in Europa: Assads fünfte Kolonne



Die syrische Revolution kann nur siegen, wenn sie zu einer sozialistischen wird. Die Demagogie oder Passivität großer Teile der Linken blockieren eine progressive Entwicklung - die Einflussnahme reaktionärer Kräfte wird dadurch erst bedingt.

In Syrien erhebt sich seit 18 Monaten ein revolutionärer Aufstand. Selten hat sich eine Revolution über so lange Zeit gegen die schrecklichste Repression verteidigt - selten waren Menschen mutig genug, um solch große Leiden und Opfer hinzunehmen für den Kampf um eine bessere Zukunft.

Gerade als Jugendorganisation sehen wir uns in der Pflicht, den Aufstand mit dem uns Möglichen zu unterstützen - denn er wird hauptsächlich von der unterdrückten syrischen Jugend geführt. Zehntausende von ihnen haben sich der Freien Syrischen Armee angeschlossen, und sie unterscheiden sich von uns selbst einzig durch ihre größeren Leiden, ihre weitaus stärkere Entschlossenheit und die völlige Aufopferung für die Revolution.

Doch ein großer Teil der deutschen Linken verteidigt das Assad-Regime - und sieht sich dabei gar in „anti-imperialistischer“ Tradition. Von autonomen Gruppen über DKP, SDAJ, MLPD, Teile von „DIE LINKE“ bis zur Friedensbewegung erstreckt sich diese linke Allianz der Konterrevolution, deren Sprachrohr „junge welt“ täglich Verleumdungsartikel druckt und die Kriegspropaganda der staatlichen syrischen Medien verbreitet.

Selbst die glühendsten Unterstützer der Befreiungskämpfe in Kurdistan oder

Palästina sprechen der unterdrückten syrischen Bevölkerung das Recht ab, im Kampf gegen ihren Unterdrücker das angemessene Mittel - den bewaffneten Aufstand - zu wählen.

So hat die Kommunistische Jugend Schweiz einen Appell geschrieben, in dem es heißt: „(Uns) [...] wird vorgegaukelt, es ginge in Syrien um den Kampf [...] um mehr Demokratie und gegen ein schreckliches Regime. Doch das ist eine Lüge. [...] Die Bewegung gegen den syrischen Staat war nie friedlich. Von Anfang an wurde in Syrien geschossen, stets waren die Rebellen gut gerüstet. Ihre Waffen und ihr Geld beziehen sie von den westlichen und arabischen Staaten. [...]“

Allen Ernstes fordert diese „kommunistische“ Erklärung nichts anderes, als die Imperialisten selbst: eine „Verhandlungslösung“ zwischen Assad und der ihn hofierenden „friedlichen Opposition“ - vermittelt durch die „internationale Gemeinschaft“, also die Imperialisten:

„Kommunisten“, auf Linie mit Kofi Annan und Brahimi

☒ „Der Dialog zwischen Regierung, Opposition und der Zivilgesellschaft ist die Voraussetzung, um die Gewalt zu beenden. Auch die Friedensanstrengungen der internationalen Gemeinschaft, einschliesslich des Annan-Plans, setzten diese Bedingung voraus [...]“ und weiter: „Damit es eine Lösung ausserhalb von Gewalt geben kann, müssen die westlichen Staaten, muss die Schweiz in die Pflicht genommen werden.“

Die SDAJ Rosenheim schreibt am 4. Oktober: „Wir möchten uns nicht voll und ganz hinter die Regierung Assad stellen,nein wir möchten auch kritisieren. 40 Jahre nach dem Hafez-al-Assad das Banner des Sozialismus über Syrien gehisst hatte,wurden Maßnahmen zur Liberalisierung der Syrischen Wirtschaft ergriffen. Wir verurteilen diese Abkehr hin zum Neoliberalismus doch denken wir das die Regierung Assad im Amt bleiben sollte.“

Verschwörungstheorien


Die SDAJ hat auch schon eine Begründung gefunden, warum die deutschen

Imperialisten gerne Syrien angreifen würden - sie wollen eine Eisenbahn nach Bagdad bauen: „Die Deutsche Bahn plant z.B. seit einigen Jahren wieder weiter an der bereits vor 100 Jahren angedachten Bagdad-Bahn, hat also ganz handfeste Profitinteressen, die sie durch die Unabhängigkeit des syrischen Staats gefährdet sieht“

Hier steht die Welt auf dem Kopf. Die Syrische Revolution kämpft gegen ein vor allem vom russischen Imperialismus gestütztes Terrorregime - daran ändert auch die Tatsache nichts, dass u.a. der deutsche Außenminister das Regime verurteilt hat.

Offensichtlich ist, dass die Stalinisten sich gegen die berechtigte Revolution stellen und dies mit kruden Verschwörungstheorien begründen. Mit ihren politischen Vorschlägen stehen sie aber sogar genau auf der Linie der Imperialisten. Wir wollen hier die häufigsten „Argumente“ der Assad-Freunde widerlegen.

Behauptung: „Die FSA wird von Israel und USA bewaffnet“

In Wirklichkeit hat es nie nennenswerte Waffenlieferungen von  westlichen Staaten an die Freie Syrische Armee gegeben. Sie bezieht ihre Waffen aus den Depots der Regierungsarmee und kauft am Schwarzmarkt ein. Wenn auch die westlichen Imperialisten längst den Sieg der FSA hätten herbeiführen können, bleibt nur festzustellen, dass sie sich dagegen entschieden haben. Sie versuchen auch mit aller Macht, die Versorgung der FSA mit Luftabwehrraketen zu unterbinden - um zu verhindern, dass eine so ausgestattete Armee bspw. die israelisch besetzten Golan-Höhen befreien könnte.

In Wirklichkeit ist es aber unerheblich, ob und in welchem Maß der Aufstand von anderen Staaten unterstützt wird. Als Kommunist_innen fordern wir selbstverständlich, dass unter keinen Umständen politische Zugeständnisse an Imperialisten gemacht werden - wenn diese jedoch bereit sind, Unterstützung zu leisten, wäre es dumm, dies abzulehnen (bspw. hat selbst die UdSSR während des zweiten Weltkrieges massive Rüstungshilfe von den USA angenommen - und dadurch den Sieg über Deutschland beschleunigt)

Behauptung: „Die FSA wird von der Türkei unterstützt“

In Wirklichkeit hält sich die Türkei weitgehend aus dem Bürgerkrieg heraus. Im August hat sie die Grenze für Flüchtlinge geschlossen und lässt nur noch Syrer mit Pass durch. In den Grenzgebieten sind Syrer (Flüchtlinge wie Kämpfer) Repression und Anfeindungen ausgesetzt, viele werden gezwungen, nach Syrien zurückzukehren.

Behauptung: „Der Aufstand dient imperialistischen Interessen“

Zunächst muss hervorgehoben werden, dass sich die imperialistischen Mächte keinesfalls einig sind. Russland und China unterstützen bekanntermaßen die Assad-Regierung. Unstrittig ist außerdem, dass die USA und andere westliche Mächte sich mit dem baldigen Sturz Assads abgefunden haben und versuchen werden, daraus Kapital zu schlagen. Dennoch sehen sie die größte Gefahr nicht in Assads Regime oder den rivalisierenden imperialistischen Mächten - sondern im Aufstand selbst. Wenn auf den Sturz Assads die Zerschlagung seiner Repressionsorgane und die Errichtung einer revolutionären, vom Aufstand selbst getragenen Regierung folgt, könnten sie diese unmöglich kontrollieren. Darum setzen sie alles daran, sich jetzt „verlässliche Partner“ aus der „gemäßigten“ Opposition zu suchen, die für einen „geordneten“ Übergang sorgen sollen. Die westlichen Imperialisten warten also den Sieg des Aufstandes ab, um ihn dann politisch zu kapern und seiner Früchte zu berauben.

Behauptung: „Berichte über Kriegsverbrechen der Regierung sind gefälscht“

Stündlich werden aktuelle Berichte und Videos im Internet veröffentlicht, die es uns ermöglichen, die Geschehnisse direkt mitzuverfolgen. Tausende Videos zeigen wahllose Bombardierungen auf Wohnviertel, Folter und Massaker an Regierungsgegnern, Massengräber. Als Kommunist_innen verlassen wir uns auf das, was wir sehen - und weder auf die bürgerlichen Medien, noch auf obskure Verschwörungstheorien. Hier nur eine kleine Auswahl von Seiten, die aktuelle und authentische Infos liefern:

syriaupdate.wordpress.com

www.facebook.com/SyrianDayOfRage

freehalab.wordpress.com

Behauptung: „Die Assad-Regierung gewährleistet den Zusammenhalt der verschiedenen Religionen in Syrien“

Nur das Assad-Regime selbst ist für die religiösen Konflikte in Syrien verantwortlich. Es stützt sich seit 40 Jahren auf die religiöse Minderheit der Alawiten, unter denen es Offiziere, Beamte und Regierungsmitglieder rekrutiert - und die berüchtigten Shabiha-Milizen. Die Sunniten - sie machen 75% der Bevölkerung aus - werden wie Sklaven behandelt. Von Beginn an war also die Assad-Herrschaft von schwerer religiöser Unterdrückung geprägt.

Behauptung: „Hafiz al-Assad hat Syrien zu einem sozialistischen Land umgestaltet“


Seit 40 Jahren sind unabhängige Arbeiter_innenorganisationen brutaler Repression ausgesetzt. Große Teile der Wirtschaft sind in Besitz der Assad-Familie, die insbesondere die Exportgewinne abschöpft. Die „Kommunistische Partei Syriens“ (bzw. deren zwei namensgleiche Flügel seit der Spaltung 1986) ist seither Teil der „National Progressive Front“ und hat zugesagt, weder den Führungsanspruch der Baath-Partei anzugreifen, noch das bürgerliche Privateigentum.

Behauptung: „Der Aufstand wird von Islamisten geführt“

Islamistische Bewegungen spielen eine untergeordnete Rolle und werden von der Mehrheit politisch kritisiert. Ohne Zweifel aber unterstützen auch sie den Aufstand. Ihre Anziehungskraft erklärt sich bereits aus dem Fehlen einer revolutionären Partei der Arbeiter_innen und Unterdrückten.

Ein Artikel von Bruno Lahrius, REVO Stuttgart

Unterwegs mit der Freien Syrischen Armee

Die syrische Revolution gehört zumindest für die deutsche Linke zu den umstrittensten Bewegungen - und nicht selten ziehen die „Kritiker“ des Aufstandes eigene Quellen heran, während sie Berichte syrischer Aktivisten für unzutreffend halten. Reimund Flek, Mitglied von REVOLUTION, ist im September nach Syrien gereist, um Rebellenkämpfer zu treffen und sich ein eigenes Bild zu machen. 

Die letzten paar hundert Meter auf türkischem Boden kommen mir viele Menschen entgegen - sie kommen aus Syrien und sind nun fast in Sicherheit, zumindest wenn sie es schaffen, der türkischen Jandarma zu entwischen. Ich benutze nicht einen der Grenzübergänge, die von der Freien Syrischen Armee erobert wurden, denn sie sind von türkischer Seite geschlossen. Zwar können Syrer passieren, wenn sie einen Pass haben, bereits Journalisten haben es aber schwer - man will nicht zu viele Bilder von der blutigen Wirklichkeit sehen. Als politischer Unterstützer würde ich mich großer Gefahr aussetzen. Eine der unwidersprochenen Lügen im Syrischen Bürgerkrieg ist die Politik der „offenen Grenzen“ - die Türkei lässt bereits seit August die Flüchtlinge an der Grenze auflaufen.

Abu Mohamed holt mich hinter der Grenze ab. Er ist bei der Freien Syrischen Armee, in der Brigade von Al Khal Zaza. Sie hat hier die Kontrolle übernommen, seitdem Assads Truppen besiegt wurden. Im Moment haben sie aber vor allem mit den tausenden Flüchtlingen zu tun, die entlang der Grenze warten und vom Rest der Welt im Stich gelassen werden. Die Brigade versucht, die dringendsten Bedürfnisse der Flüchtlinge zu erfüllen, doch es gibt weder Nahrung oder sauberes Trinkwasser, noch Medikamente. Daher bleibt nur, auf illegalem Weg die Grenze zu überwinden, etwa 100 werden es an dieser Stelle heute nacht versuchen.

In ihren Gesichtern kommt langes, tiefes Leiden zum Ausdruck, bei den meisten Gleichgültigkeit. Es sind keine Blicke von kurzem, schwerem Schmerz oder momentaner Trauer, die Blicke sind Jahrzehnte alt, mir scheint es, als haben sie sich so sehr an Qualen gewöhnt, dass sie jedem neuen Schmerz nur noch mit teilnahmsloser Erwartung entgegenblicken, und auch der Augenblick der Flucht ins sichere Ausland kann sie nicht in ihrem Innersten berühren. Warum auch, ihr Leiden ist kein individuelles, wer es bis hier geschafft hat, ist gesund und unverletzt - sie sterben einen viel schlimmeren Tod, den von Tausenden und Millionen zugleich.



Rebellen der FSA feiern auf einem eroberten Panzer.

Spät in der Nacht fahren wir zum Sitz der Brigade, der sich in einer eroberten Polizeistation befindet. Es ist viel los - der Brigade gehören einige Duzend Kämpfer an, die meisten sind Zivilisten und um die 20. Wo früher Assads Folterknechte zu Hause waren, haben sich nun die jungen Revolutionäre eingerichtet, die für das freie Syrien kämpfen.

Ich frage Abu Mohamed, wie weit die Assad-Truppen entfernt seien. Seine Antwort werde ich sinngemäß von allen Kämpfern der FSA zu hören bekommen: „Ich weiß es nicht - und es ist mir egal, selbst wenn sie nur einen Meter von mir stehen, wir kämpfen gegen sie.“

Ob die Rebellen in der Gegend eher auf dem Vormarsch oder eher auf dem Rückzug seien, wann das nahegelegene Idlib erobert wird, wie die Lage im geteilten Aleppo ist - auf solche Fragen bekommt man keine eindeutigen Antworten, und tatsächlich ist die Lage widersprüchlich und kompliziert. Doch in Wirklichkeit sind das nicht die alleine entscheidenden Fragen. Gewinnen wird den Bürgerkrieg die Seite, deren Überzeugung und Motivation größer ist. Und aus dem Grund kann die Revolution nicht niedergeschlagen werden - denn die Regierungssoldaten, selbst in der Mehrheit aus unterdrückten und benachteiligten Schichten, wissen, dass sie auf der falschen Seite stehen. Ihre Loyalität wird durch jeden kleinen Erfolg

der Revolution schwächer, während die Rebellen - noch immer in ihrer Ausrüstung hoffnungslos unterlegen - mit jedem Kampf entschlossener und stärker werden. Die Loyalität der Rebellen kann nicht zerbrochen werden, denn sie gilt keinem militärischen Führer, sondern alleine dem Ziel der Freiheit. Die Regierung dagegen terrorisiert die Bevölkerung, um im Bewusstsein der Massen den Gedanken der Freiheit zu töten und das Sklavenbewusstsein zurückzuholen.

Einige Tage später treffe ich Abu Hadi, er gehört einer anderen Brigade an und ist aus Daret Izza, einer Stadt etwa 20km von Aleppo, gekommen. Er bietet mir an, mich dorthin mitzunehmen. Daret Izza ist von der FSA befreit worden, wird aber täglich bombardiert und mit Granaten beschossen. Die Hälfte der Bevölkerung ist bereits geflohen, rund 700 Kämpfer schützen den Ort vor den Regierungstruppen, die nur zwei Kilometer entfernt auf einer Anhöhe stehen. Aktuell finden im Ort selbst keine Kämpfe statt - die konzentrieren sich auf Aleppo und auf den etwa 15km von hier entfernten Ort Atareb. Atareb ist für die Regierung bislang die wichtigste Stütze für die andauernden Angriffe auf Aleppo - und die Freie Syrische Armee startet in diesen Tagen eine Offensive, um die Truppen von dort zu vertreiben.



Ein junger Kämpfer der Freien Syrischen Armee

Alle Brigaden in der Region haben Kontingente in diesen Kampf geschickt, und bekommen daher die Vergeltung der Luftwaffe zu spüren. Am Abend richten sich einige Angriffswellen gegen Daret Izza, in der Ferne kreisen nicht weniger als 5 Hubschrauber und feuern Raketen auf den Nachbarort ab. Wo Assads Truppen die Straßen kontrollieren, ziehen auch in diesen Tagen Shabiha-Milizen umher, massakrieren Duzende.

Am nächsten Morgen frage ich Abu Hadi, ob er heute konkrete Aufgaben habe. Die hat er, ein Kämpfer aus dem Ort sei in der Nacht bei einem Angriff auf Assads Armee ums Leben gekommen und wird zu Grabe getragen. Wenig später bekommen wir die Nachricht, dass zwei weitere getötet wurden und 7

vermisst werden. Zwei der Märtyrer werden in eine Moschee gebracht, um identifiziert zu werden, später werden sie ehrenvoll bestattet. Abu Hadi wird in der kommenden Nacht mit seiner Gruppe die selbe Feuerstellung angreifen, um das Artilleriefeuer auf den Ort zu beenden – doch zumindest in dieser Nacht werden wieder viele Granaten runterkommen, sie können jedes Gebäude treffen, es gibt kein ausgemachtes Angriffsziel – Terror verbreiten sollen sie, Druck auf die Kämpfer ausüben, die bald eine Geisterstadt ohne Bewohner zu verteidigen haben. Mich befremdet die Unerschrockenheit der Rebellen und deren Gleichgültigkeit gegenüber sich selbst – auch an diesem Tag machen sie Scherze und lachen. Abu Hadi sagt dazu: „Wenn wir so ernst wären, wie man bei solchen Ereignissen sein sollte – dann würden wir aus Ernst sterben, und nicht durch Kugeln.“

Die Rebellen sind alle verbittert über die fehlende Unterstützung aus anderen Ländern, denn nicht einmal aus Ägypten oder Libyen kommt größere Unterstützung, obwohl die Menschen dort den selben Kampf geführt haben. Aber es ist keine Zeit, über solche Dinge nachzudenken, Abu Hadi sagt: „Wenn jemand aus Syrien selbst nach 18 Monaten Terror noch die Regierung verteidigt, dann kann es dafür keine Entschuldigung geben. Wenn jemand aus dem Ausland das tut, finde ich es lustig, sie haben ja keine Ahnung“

Ich finde aber, es ist eine Katastrophe. Die jungen Leute, die heute gegen Assad kämpfen, werden noch viele Jahre nach Assad zu uns sagen: „Als wir massakriert wurden, habt ihr zugesehen“


Ich gehe bald wieder über die Grenze in die Türkei, um mich keiner weiteren Gefahr auszusetzen, und lasse dort Freunde zurück, von denen noch einige ihr Leben lassen werden. Ich habe sie als die mutigsten, selbstlosesten und entschlossensten Menschen erlebt, die man sich nur vorstellen kann.

In Atareb werden Elitetruppen der Regierung vier Wochen lang eingekesselt, am 14. September ergeben sie sich der Freien Syrischen Armee. An anderen Orten finden Operationen statt, um den Assad-Truppen in Aleppo die Nachschubwege abzuschneiden, gleichzeitig wird in Aleppo selbst eine neue Offensive gestartet. Zwar ist jeder Ort, jede Straße, die erobert wird, mit den

Leichen junger Rebellenkämpfer gepflastert. Doch die Assad-Regierung wird stürzen, keiner wird sie mehr retten können.

Ein Artikel von Reimund Flek, REVOLUTION.

Revolution in Syrien: Solidaritätsaufruf zum 20. Oktober

Wir veröffentlichen hier einen Aufruf zum internationalen Tag der  Solidarität mit Syrien am 20. Oktober von den Lokalen Koordinierungskomitees. REVOLUTION schließt sich dem Aufruf an, eine massive Solidaritätskampagne zur Unterstützung der Syrischen Revolution zu formieren. Wir möchten gleichzeitig vor Illusionen in imperialistische Regierungen, wie der deutschen, warnen. Das Verhalten Russlands zeigt, dass diese Regierungen über Leichen gehen, um ihre Interessen durchzusetzen - und dies gilt auch für die USA oder die BRD, die keinen Finger krümmen, um die Lage der Syrischen Bevölkerung zu verbessern.

An die Menschen und Völker der Welt, unterstützt uns, so wie wir Euch immer unterstützt haben

Seit mehr als eineinhalb Jahren kämpfen wir, um uns von einem unterdrückerischen System zu befreien, das Zehntausende getötet hat, darunter viele Frauen, Kinder, alte Menschen. Hunderttausende wurden in dieser Zeit festgenommen, viele gefoltert. Millionen von Menschen wurden zur Flucht gezwungen, sie

mussten ihr Zuhause, ihre Städte und Dörfer verlassen, die von der Armee des Regimes beschossen werden, dieses skrupellose Vorgehen erinnert an das Verhalten der Nazi Barberei.

Wir syrischen Menschen, die immer sympathisiert und uns verbunden gefühlt haben mit all jenen, die Ungerechtigkeit, Misshandlung und Unheil erleiden mussten und Flüchtlinge aus allen Teilen der Welt aufgenommen und unterstützt haben, sind nun betrübt über das Fehlen von Sympathie und Unterstützung für die syrischen Menschen, Euren Brüdern der Menschlichkeit, die sich einer brutalsten Unterdrückung ihres Kampfes für das Recht auf Freiheit, der überall der gleiche Kampf ist, ausgesetzt sehen. Menschlichkeit, Solidarität und die Bereitschaft zur Unterstützung all jener, die unterdrückt werden, kennzeichnen den Menschen und unterscheiden ihn von anderen Lebewesen, und ist all jenes, was wir Syrier jetzt benötigen, um diese Prüfung, die die härteste der jüngsten Zeit der Menschheitsgeschichte ist, zu überstehen.

Die Syrier haben für mehr als einundeinhalbes Jahr mutig tagtäglich dem Horror ins Gesicht geschaut und nun erwarten wir eine weltweite Bewegung, die unsere Bewegung bei ihrem Kampf gegen einen Tyrannen und Killer unterstützt, um ihr Recht und das Recht ihrer Kinder auf ein freies und würdiges Leben zu unterstützen und die den andauernden kriminellen Menschenrechtsverletzungen durch das syrische Regime ein Ende setzt. Deshalb rufen wir die Menschen und die Organisationen der Zivilgesellschaft weltweit dazu auf, den 20. Oktober 2012 zu einem Tag der Solidarität zu machen. Und damit den Startpunkt für eine Kampagne zu setzen, die öffentlich Druck auf die internationalen Organisationen und Regierungen ausübt, damit diese die notwendigen Schritte unternehmen, um das Morden des syrischen Regimes zu stoppen und dieses zum Stürzen zu bringen.

Menschen der Welt, Völker der Welt, unterstützt uns, so wie wir Euch immer unterstützt haben.